

Mehrheit entlasten – Preise deckeln – Profite besteuern

Lebensmittel, Heizen und Benzin werden immer teurer, gleichzeitig explodieren die Profite. Die Regierung sagt, es liegt am Ukraine-Krieg. Aber Aral, Shell und Co. haben ihre Gewinne fast verdreifacht. Der »Tankrabatt« der Regierung führt nicht zu niedrigen Preisen, weil es keine Preisaufsicht gibt. Das Geld geht als Zusatzgewinn an die Konzerne.

Bei den Direktzahlungen des »Entlastungspakets« der Regierung bekommen alle mit Einkommen 300 Euro – auch Vielverdiener. Wer Hartz IV bezieht und in Armut lebt, bekommt einmalig 100 Euro. Rentner*innen und Studierende bekommen nichts. Gerecht geht anders!

Eine gerechte Entlastung heißt, dass niemand im Dunkeln sitzt oder frieren muss, niemand zwischen Essen und Heizen entscheiden muss. Gesunde Lebensmittel müssen für alle erschwinglich und Ziele für alle auch ohne Auto erreichbar sein.

Wir fordern:

■ Für alle, die es brauchen, ein soziales Klimageld von 1.500 Euro im Jahr für das erste und 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied. Für eine Familie mit zwei Kindern wären das 3.300 Euro im Jahr oder 275 Euro im Monat. Sowie eine Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat.

■ Das 9-Euro-Ticket dauerhaft anbieten, den Nahverkehr ausbauen und schrittweise kostenfrei machen. Das hilft dem Klima, macht alle mobil und entlastet von hohen Energiepreisen.

■ Die Löhne müssen steigen! An den Börsen haben die großen Unternehmen

Spitzenabschlüsse gemacht. Statt in Dividenden muss das Geld in gute Löhne gehen.

Extragewinne besteuern und große Vermögen beteiligen

Zusatzgewinne der Konzerne in der Krise müssen besteuert werden, Italien und Griechenland machen es vor. Mit den Einnahmen können weitere Entlastungen finanziert werden.

Wer enormen Reichtum (Nettovermögen ab 2 Millionen Euro) besitzt, muss über eine einmalige Vermögensabgabe an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligt werden, wie es das auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab.

Energiepreise und Mieten deckeln

■ Die Preise für Strom und Gas öffentlich regeln! Die staatliche Preisaufsicht wieder einführen und Preisabsprachen zwischen den Konzernen hart bestrafen.

■ Alle Haushalte brauchen kostengünstige Grundkontingente für Strom und Gas, nur darüber hinausgehender Verbrauch darf teurer werden. So wird Energiesparen belohnt.

■ Die Pendlerpauschale ist ungerecht: Wer wenig verdient, hat keine Vorteile. Es braucht ein Mobilitätsgeld für alle Pendler*innen, egal ob für Auto oder Bahn und auch für niedrige Einkommen.

■ Bezahlbare Miete statt fette Rendite! Viele Immobilienkonzerne erhöhen die Mieten »wegen der Inflation« – schützen aber nur die Dividenden ihrer Aktionäre. Die Bundesregierung muss bundesweit einen Mietendeckel ermöglichen.

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Jörg Schindler

[die-linke.de/mitmachen](https://www.die-linke.de/mitmachen)

Mehrheit entlasten – Preise deckeln – Profite besteuern

Lebensmittel, Heizen und Benzin werden immer teurer, gleichzeitig explodieren die Profite. Die Regierung sagt, es liegt am Ukraine-Krieg. Aber Aral, Shell und Co. haben ihre Gewinne fast verdreifacht. Der »Tankrabatt« der Regierung führt nicht zu niedrigen Preisen, weil es keine Preisaufsicht gibt. Das Geld geht als Zusatzgewinn an die Konzerne.

Bei den Direktzahlungen des »Entlastungspakets« der Regierung bekommen alle mit Einkommen 300 Euro – auch Vielverdiener. Wer Hartz IV bezieht und in Armut lebt, bekommt einmalig 100 Euro. Rentner*innen und Studierende bekommen nichts. Gerecht geht anders!

Eine gerechte Entlastung heißt, dass niemand im Dunkeln sitzt oder frieren muss, niemand zwischen Essen und Heizen entscheiden muss. Gesunde Lebensmittel müssen für alle erschwinglich und Ziele für alle auch ohne Auto erreichbar sein.

Wir fordern:

■ Für alle, die es brauchen, ein soziales Klimageld von 1.500 Euro im Jahr für das erste und 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied. Für eine Familie mit zwei Kindern wären das 3.300 Euro im Jahr oder 275 Euro im Monat. Sowie eine Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat.

■ Das 9-Euro-Ticket dauerhaft anbieten, den Nahverkehr ausbauen und schrittweise kostenfrei machen. Das hilft dem Klima, macht alle mobil und entlastet von hohen Energiepreisen.

■ Die Löhne müssen steigen! An den Börsen haben die großen Unternehmen

Spitzenabschlüsse gemacht. Statt in Dividenden muss das Geld in gute Löhne gehen.

Extragewinne besteuern und große Vermögen beteiligen

Zusatzgewinne der Konzerne in der Krise müssen besteuert werden, Italien und Griechenland machen es vor. Mit den Einnahmen können weitere Entlastungen finanziert werden.

Wer enormen Reichtum (Nettovermögen ab 2 Millionen Euro) besitzt, muss über eine einmalige Vermögensabgabe an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligt werden, wie es das auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab.

Energiepreise und Mieten deckeln

■ Die Preise für Strom und Gas öffentlich regeln! Die staatliche Preisaufsicht wieder einführen und Preisabsprachen zwischen den Konzernen hart bestrafen.

■ Alle Haushalte brauchen kostengünstige Grundkontingente für Strom und Gas, nur darüber hinausgehender Verbrauch darf teurer werden. So wird Energiesparen belohnt.

■ Die Pendlerpauschale ist ungerecht: Wer wenig verdient, hat keine Vorteile. Es braucht ein Mobilitätsgeld für alle Pendler*innen, egal ob für Auto oder Bahn und auch für niedrige Einkommen.

■ Bezahlbare Miete statt fette Rendite! Viele Immobilienkonzerne erhöhen die Mieten »wegen der Inflation« – schützen aber nur die Dividenden ihrer Aktionäre. Die Bundesregierung muss bundesweit einen Mietendeckel ermöglichen.

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Jörg Schindler

[die-linke.de/mitmachen](https://www.die-linke.de/mitmachen)

